

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **27 (1947-1948)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Entwicklung der *internationalen Lage* in den eben vergangenen Wochen zeigt eigentlich wenig bemerkenswerte Blickpunkte. Der amerikanische Kongreß hat nun die Kredite für die griechische und die türkische Angelegenheit bewilligt, aber noch weiß niemand zu sagen, wie diese Dinge sich weiter gestalten werden. Indessen sieht man die amerikanische Diskussion über die Frage entbrennen, ob in nächster Zeit noch weitere Kredite auf interventionistischer Basis an andere Länder Europas gegeben werden sollen — ein Vorhaben, gegen das der bekannte Publizist Walter Lippmann bereits nicht ohne Schärfe aufgetreten ist. Nach wie vor besteht jedenfalls in den Bereichen der amerikanischen auswärtigen Politik jene starke Unsicherheit, die man schon wiederholt beobachten konnte, und dieser Tatbestand wird nicht zuletzt gefördert durch die Erkenntnis, daß die Kräfte des Isolationismus bereits wieder in nicht unbeträchtlicher Stärke sich zu regen beginnen.

So ist denn auch das entscheidende Verhältnis zwischen den *Vereinigten Staaten und Rußland* vorerst stationär geblieben. Auch die viel beachtete Unterredung, welche der Präsidentschaftskandidat *Harold Stassen mit Stalin* führte, brachte eigentlich kaum neues. Es sind im Grunde stets dieselben unverbindlichen Erklärungen, die bei solchen Gelegenheiten immer wieder abgegeben werden, und es hat sich inzwischen sichtbar gezeigt, daß auch die von Stalin herausgestellte Möglichkeit einer Verständigung auf dem Gebiete der Atomkontrolle — von der internationalen Presse zwar stark aufgemacht — keinerlei praktische Auswirkung gehabt hat, indem die Gegensätze im Bereiche des zuständigen Verhandlungsausschusses unvermindert und in der ganzen Schärfe weiterbestehen. So blieb am Ende von dieser Unterredung Stalin-Stassen in einem gewissen Sinne bemerkenswert hauptsächlich die Unterhaltung über die *Pressezensur*, über die man lesen konnte:

Stalin äußerte, daß verschiedene amerikanische Korrespondenten eine üble vorgefaßte Meinung von der Sowjetunion hätten und führte das Beispiel eines Berichtes über die Konferenz in Teheran an, wonach Stalin Marschall Timoschenko im Verlaufe eines Essens geschlagen habe. Diese Meldung sei unrichtig und verleumderisch gewesen, da Timoschenko gar nicht in Teheran gewesen sei. . . Stassen sagte sodann, er habe den Eindruck, daß die Zusammenarbeit und das Verständnis zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten gefördert würde, wenn die Meldungen ¹⁾ keiner Zensur unterständen. Stalin antwortete, es sei schwierig, die Zensur in der Sowjetunion aufzuheben. Molotow habe es wiederholt getan, aber die Zensur hätte immer wieder eingeführt werden müssen. So habe man im Herbst 1945 die Zensur abgeschafft. Er, Stalin, sei damals während eines Urlaubs weg gewesen. Man habe dann Geschichten erzählt, wonach Molotow ihn gezwungen habe, zurückzutreten. Dann sei die Meldung verbreitet worden, er werde nun zurückkehren und seinerseits Molotow entlassen. Solche Meldungen hätten die sowjetrussische Regierung lediglich als zoologischen Garten geschildert, und es sei natürlich, daß sich das sowjetrussische Volk geärgert habe. . .

¹⁾ Gemeint sind die Meldungen der ausländischen Korrespondenten in Moskau (Schriftleitung).

Daß das Bild dieser entscheidenden Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten nach wie vor unverändert ist, zeigt zum Überfluß auch die Entwicklung in den Beratungen um die *Balkankommission*, die wohl zu dem unerfreulichsten gehört, was man täglich zu lesen bekommt.

Und doch zeigen sich dann hin und wieder eigentliche Lichtblicke. So erklärte *Feldmarschall Montgomery* zu Mitte Mai in einer Rede in Carlisle:

«Die gegenwärtigen Friedensziele der Staatsmänner sind sehr kompliziert, und ich glaube nicht, daß schlechte Arbeit geleistet wird. Man sagt oft, daß wir Soldaten den Krieg gewannen, und daß die Staatsmänner nicht sehr viel tun, um den Frieden zu gewinnen. Ich bin mit dieser Ansicht nicht einverstanden. Wir Soldaten hatten ein klares Ziel vor Augen, doch waren sechs Jahre nötig, um es zu erreichen. Der Frieden dauert heute erst zwei Jahre. Ich ziehe es bei weitem vor, etwas mehr Zeit zu opfern, um einen guten Frieden zu erzielen, als einen raschen Frieden überstürzt zu errichten».

Und am gleichen Tage ungefähr erklärte der frühere amerikanische *Staatssekretär Byrnes* in Washington:

«Ich muß verneinen, daß ein Konflikt unvermeidlich ist. Die Bevölkerung der Sowjetunion wünscht keinen Krieg. Wenn es trotzdem dazu kommen sollte, würde die Ursache in der Unfähigkeit der Regierungen liegen, welche die Welt kontrollieren. Ich glaube aber nicht an einen solchen Bankrott der Staatskunst. Ich bin vielmehr der Meinung, daß wir den Frieden schaffen und bewahren können. Der Sowjetunion haben wir klargelegt, daß sie die Friedensbedingungen nicht diktieren darf. Wir müssen uns auch bewußt sein, daß für die Vereinigten Staaten das gleiche gilt. Ein Diktat kann nur gegenüber einem geschlagenen Feind oder einem verteidigungsunfähigen Land erfolgen. Die alliierten Mächte müssen miteinander auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandeln. Sie haben nicht ihre fundamentalen Grundsätze preiszugeben, sondern kluge Entschlüsse zu fassen».

* * *

Die nun abgeschlossene Reise der englischen Königsfamilie nach Südafrika hat, im Zusammenhang mit den übrigen bekannten Umständen, die Diskussion über die weitere *Entwicklung des britischen Commonwealth* einige Schritte vorwärts getragen. Davon ausgehend, daß der König von England nächsthin des Titels «Kaiser von Indien» verlustig gehen wird — man hörte zwar eben noch davon, daß die Engländer eventuell doch über den Juni 1948 hinaus in Indien bleiben müßten (oder könnten) —, wurden die im Zuge befindlichen Veränderungen im Status der Dominions berührt. Darnach soll in Zukunft die Selbständigkeit der Dominions auch in ihren Beziehungen zur Krone dergestalt zum Ausdruck kommen, daß man den Begriff eines «Königs von Canada», bzw. eines «Königs von Südafrika» prägen würde. Die Welt ist also im Begriff, einer weitem bedeutsamen Entwicklungsetappe im Bereiche des britischen Reiches beizuwohnen. Daß auch diese Etappe sich wieder in einer Lockerung der formellen Bande äußern wird, ist dabei unbestritten, — nicht ausgemacht ist indessen, ob damit eine materielle Schwächung dieses Reiches zwangsläufig verbunden wäre. Auch in diesem Falle wird erst die Zukunft die tatsächliche Entscheidung erkennen lassen.

Zürich, Ende Mai.

Jann v. Sprecher.

Pariser Brief

In Frankreich ist der Monat Mai durch ein sehr wichtiges politisches Ereignis gekennzeichnet: den *Austritt der Kommunisten* aus der Regierung. Die unmittelbar nach der Befreiung in Kraft getretene Regierungskoalition hat etwas länger als 21/2 Jahre gedauert. Dieser Bruch hat sichtbare und entferntere Beweggründe. Der sichtbare Grund liegt in einer Abnahme des kommunistischen Einflusses in den breiten Volksmassen. Die kommunistische Partei rekrutierte sich nicht nur aus den Reihen der überzeugten Marxisten. Alle Unzufriedenen, alle jene, die sich durch die Gesellschaftsordnung benachteiligt fühlen, füllten naturgemäß die Reihen der kommunistischen Wähler. Der kommunistischen Partei fiel es schwer, gleichzeitig zur Regierung und zur Opposition zu gehören. Der Entschluß, wieder Oppositionspartei zu werden, unterstreicht die Unzufriedenheit in den Reihen der französischen Arbeiter.

Diese Unzufriedenheit ist völlig verständlich. Zwei Jahre nach dem Ende des Krieges in Europa ermessen die französischen Arbeiter die Einschränkungen ihrer Lebenshaltung. Sie finden sich damit ab, schlecht zu wohnen und schlecht gekleidet zu sein, aber ist es weniger leicht, sich damit abzufinden, auch schlecht genährt zu sein. Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist die Lage der Arbeiter aller Kategorien schlecht. Dies läßt sich leicht mit folgender Feststellung nachweisen: die durch den Krieg verursachte Geldentwertung hat seit 1938 zu einer sechsfachen Lohnerhöhung geführt, aber die Preissteigerung der Mehrzahl der Lebensmittel beträgt ihrerseits das zwölfwache, so daß der Lebensstandard des französischen Arbeiters um 50 % heruntergedrückt wurde. Vergleichsweise kann angenommen werden, der französische Arbeiter verdiene dreimal weniger als sein amerikanischer Kollege.

Dies alles erhärtet die Forderung auf Lohnaufbesserungen, wobei die Antwort leicht fällt, daß die Gehaltserhöhungen die Teuerung nicht beseitigen können. Sie können nur Preissteigerungen zur Folge haben und die Inflationsspirale fördern. Die Arbeiter wissen dies. Aber es zeigt sich, daß die Forderung von Lohnerhöhungen die einzige Waffe bildet, über die sie zur Zeit verfügen. Wir dürfen annehmen, daß sie diese Waffe vor allem als Druckmittel gegen die Regierung anwenden und ihnen eine bessere Nahrungszufuhr weit mehr am Herzen liegen würde als eine nominelle Gehaltsaufbesserung. Dieser Umstand führt dazu, daß die Lebensmittelzufuhr das Hauptproblem in diesen schwierigen Zeiten bildet, ein Problem, das alle anderen in den Schatten stellt. Der Ministerpräsident hat die Lage erkannt und den tapferen Entschluß gefaßt, diese undankbare Verantwortung selbst zu übernehmen.

Man darf aber nicht glauben, daß die ganze Lage nur materielle Hintergründe hätte. Die psychischen Faktoren spielen selbstverständlich auch eine Rolle. Die Kommunisten haben der Arbeiterbevölkerung zu verstehen gegeben, daß sie Eroberungen nur machen könne, wenn sie Disziplin wahre. Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß diese Disziplin nachzulassen beginnt. Ihr totalitärer und antidemokratischer Charakter hat Rückwirkungen verursacht, ganz besonders im Herzen der C. G. T.¹⁾ Die Kommunisten haben die Kontrolle der C. G. T. an sich gerissen. Aber sie haben nicht vermocht, eine starke Strömung zu beseitigen, die sich der syndikalistischen Freiheit zuwendet. Der französische Arbeiter bleibt Individualist. Er will protestieren können. So ist es zu erklären, daß die Kommunisten beunruhigt waren, in eine Linksströmung gerissen zu werden, sei es zu Gunsten einer sogenannten trotzkistischen oder anarchisierenden Bewegung, oder ganz einfach nur zu Gunsten des linken Flügels der Sozialisten.

Es ist fraglich, ob in anderen Zeiten diese Überlegungen genügt hätten, einen Verzicht der Kommunisten auf die Teilnahme an der Regierung herbeizuführen. Wir sind zur Annahme berechtigt, daß letzten Endes die internationale Lage den Ausschlag gegeben hat. Die Moskauer Konferenz hat keine Entspannung zwischen den

¹⁾ «Confédération Générale du Travail» (Schriftleitung).

Russen und den Amerikanern herbeigeführt, ganz im Gegenteil. Frankreich ist aber nach Westen engagiert. Wie groß auch immer die Sympathien einer bedeutenden Minderheit für die Sowjets sein mögen, geographische und wirtschaftliche Tatsachen drängen sich auf. Frankreich benötigt Kredite, Getreide und Kohlen. Herr Molotow ist nicht in der Lage, dies alles zu bieten. Es darf auch erwähnt werden, daß Frankreich auf seine kolonialen Hilfsquellen angewiesen ist. Wo bleibt die Hoffnung, eines Tages den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, wenn in der französischen Union der Wind des Separatismus weht?

Wenn die Kommunisten in der Regierung geblieben wären, hätte sie der Zwang der Verhältnisse genötigt, sich zu einer Politik zu bekennen, die ihrem Ideal widersprach. Sie wären gezwungen gewesen, innerhalb kurzer Frist eine Haltung einzunehmen, die sich gegen ihre Freundschaften und Sympathien richtete: gegen Moskau oder gegen die kolonialen Nationalismen. Diese Gewissensfrage stellte sich schon im Falle Indochina. Sie zogen es vor, anlässlich einer innerpolitischen Schwierigkeit dieser unhaltbaren Lage ein Ende zu machen. Dieser Vorfall beleuchtet die Tatsache, daß in der gegenwärtigen Lage in Tat und Wahrheit internationale Vorgänge den innerpolitischen Kurs bestimmen. Geschichte wird in Washington und Moskau gemacht. Infolge eines Spieles von Versuchen und Ereignissen oder — in unserem Atomzeitalter — einer Kettenreaktion hat die Trumansche Politik der militärischen Hilfe an Griechenland und die Türkei den Bruch der französischen Regierungskoalition verursacht. Das ist kein unbedeutendes Ereignis. Es gibt vielleicht Leute, die finden werden, es illustrierte den schneidenden Ausspruch Emery Reves, Verfasser der berühmten «Anatomie des Friedens»: «Die großen Nationen benehmen sich wie Gangster und die kleinen wie Prostituierte. Sie sind dazu gezwungen». Stellen wir ganz einfach fest, daß auf der Stufe einer Nation die Möglichkeit der Selbstbestimmung in Zukunft eingeschränkt ist. Wir müssen erkennen, daß dieser Fatalismus, in dem uns beschäftigenden Fall, eine denkbar ruhige Abwicklung der Krise der französischen Politik zur Folge hatte.

Für den Fall eines Bruches mit den Kommunisten ließ alles auf eine höchst gewitterhafte Stimmung schließen, aber alles vollzog sich in einer Atmosphäre größter Höflichkeit. Eine auf gemeinsamem Einverständnis beruhende Scheidung, bei der weitere Schritte offen bleiben. Die Kommunisten zeigten sich kaum verärgert, und die Rechte hat auf ein lautes Triumphieren verzichtet. Die Sozialisten haben ihre eigene Gewissenskrise überwunden und sich entschlossen, wacker bei der Stange zu bleiben. Dieses märchenhafte Ereignis darf freilich keine Illusionen hervorrufen. Die scheinbare Stille ist zum Teil durch tragische Ahnungen bedingt. Die unruhige Menschheit möchte allzu gern das beginnende Drama entwirren, das Drama, das sich zwischen den ehrgeizigen und mächtigen Staaten des 20. Jahrhunderts abzuzeichnen beginnt.

Paris, Ende Mai.

A. B.

Londoner Brief

Obwohl der Winter dieses ungewöhnlichen Mißvergnügens endlich vergangen ist, die Sonne hin und wieder scheint und die englische Landschaft ihre Frühlings-schönheit entfaltet, redet sich kein Engländer ein, daß der Sommer, der vor ihm liegt, «glorreich» sein werde. Wohin er sieht, überall drohen schwarze Sorgen, im Inland wie im Ausland, ob er an Indien denkt oder Palästina, an Rußland oder Deutschland. Daß die vollen wirtschaftlichen und geschäftlichen Folgen der Kohlen- und Elektrizitätskrise vom Februar erst allmählich in Erscheinung treten und in langen Monaten nicht überwunden sein werden, liegt auf der Hand. Sir Stafford Cripps, der Präsident des Handelsamtes, hat die Einbuße, welche die Krise dem englischen Exporthandel zufügte, auf nicht weniger als 200 Millionen £ geschätzt, was etwa dem

Gesamt-Export von 21½ Monaten entspricht. Von der Verknappung der Konsumgüter muß sich jede Hausfrau täglich bei ihren Einkäufen überzeugen. Mr. Shinwell, der in erster Linie die Verantwortung — zum mindesten für die Plötzlichkeit und Intensität der Krise — trägt, sucht seine schwer geschädigte Reputation dadurch wieder herzustellen, daß er einen besonders scharfen Ton anschlägt. Aber so sehr ihm dies auch bei allen Unparteiischen schadet, — sein Einfluß auf die organisierte Arbeiterschaft scheint nach wie vor sehr groß zu sein. Vielleicht hört sie es gern, wenn er ihr versichert, daß ihm ausschließlich *ihr* Wohl am Herzen liegt. Die Bergarbeiter sind ihm jedenfalls für die Einführung der Fünf-Tage-Woche dankbar. Ob diese den Interessen der gesamten englischen Volkswirtschaft dient, ist eine andere und noch nicht zu beantwortende Frage; das befriedigende Ergebnis der ersten Woche ist gewiß noch ohne Beweiskraft.

In der Außenpolitik ist natürlich das vollkommen negative Resultat der Moskauer Konferenz das ernsteste Ereignis. Viel hatte man sich von ihr ohnehin nicht versprochen; aber daß nicht das geringste dabei herauskommen würde, hatten auch die Skeptiker nicht erwartet. Mr. Bevin konnte in dem ausführlichen Bericht, den er dem Unterhaus am 15. Mai erstattete, nicht viel Trost spenden. Aber er gab auch keine Veranlassung, ihm persönlich die Schuld für einen Mißerfolg aufzubürden, der angesichts der russischen Unnachgiebigkeit und egoistischen Rücksichtslosigkeit unvermeidlich war. Bevin ist gewiß kein glänzender Staatsmann. Aber er hat solide Eigenschaften, die ihn seinen Landsleuten wert machen: gesunden Menschenverstand und gesunden Patriotismus, eine Vertrauen einflößende Ehrlichkeit, zähe Geduld und ruhige Festigkeit bei Verhandlungen, für die ihn seine Erfahrungen in einem Zeitalter sozialer Kämpfe geschult haben. So hatten auch die Hauptredner der Opposition, sein Vorgänger Eden und Harold MacMillan, wenig an ihm auszusetzen, wenngleich sie das Verhalten der Russen deutlicher und schärfer kritisierten, als es dem Minister vielleicht möglich war, und mit größerer Schärfe aussprachen, daß ihnen gegenüber weiteres Nachgeben die falscheste Taktik sein würde.

Interessanter als Bevin's Bericht über die Moskauer Verhandlungen waren einige Bemerkungen am Schluß seiner zweiten Rede am nächsten Tage. Hier wandte er sich gegen das Gerede gewisser Kreise, daß Großbritannien aufgehört habe, eine Großmacht zu sein, und davon Abstand nehmen müsse, große Politik zu treiben. Besonders scharf lehnte er diejenigen ab, welche fordern, England solle sich im Mittleren Osten desinteressieren, und er erklärte rundweg, daß England seine außenpolitischen Aufgaben nicht mit Rücksicht auf die Lasten ihrer militärischen Verteidigung einschränken dürfe und einschränken werde. Damit spielte er so deutlich, wie es ihm in seiner Position möglich war, auf die überraschende Schwenkung an, welche die Regierung während seiner Moskauer Abwesenheit bei der Vorlage über die Landesverteidigung vollführt hatte. Sie hatte in dieser Vorlage eine militärische Dienstzeit der ausgehobenen Mannschaft von 18 Monaten verlangt, und der Verteidigungsminister Alexander hatte diese Zeit bei der parlamentarischen Beratung vor den Osterferien unzweideutig als militärisch notwendig verfochten. Nachdem aber trotzdem einige 70 Abgeordnete der Regierungspartei dagegen gestimmt hatten, fiel die Regierung, obwohl die Bestimmung vom Haus mit großer Mehrheit angenommen worden war, plötzlich um und erklärte, sich mit einer Dienstzeit von 12 Monaten begnügen zu wollen.

Alexander hatte bei der Beratung am 7. Mai die heikle Aufgabe, diesen Unfall zu rechtfertigen. Seine Rede füllt zehn Spalten des «Hansard», aber sie enthält keinen einzigen sachlichen Grund, der die Entscheidung tragen könnte, und die vernichtende Kritik, die Churchill an ihr und dem ganzen Regierungsmanöver mit dem unvergleichlichen Reichtum seines Wortschatzes und der Deutlichkeit seiner Sprache übte, war wohl verdient. In der Debatte sprach auch Crossmann, einer der Führer der «Rebellen» der Labour-Partei, der allen Grund hatte, über die Kapitulation der Regierung erfreut zu sein. Er begrüßte sie als den Beginn der Einsicht, daß Eng-

lands «auswärtige und militärische Politik bei weitem die Kräfte des Landes überstiegen». Das griff Eden, der Crossmanns Rede «His Master's Voice» nannte, sofort auf und verlangte von Alexander eine deutliche Antwort auf die Frage, ob dies tatsächlich die Ansicht und Politik der Regierung sei. Alexanders Antwort, sie «habe das Risiko auf sich genommen, daß die Lage sich in bezug auf die englischen auswärtigen Verpflichtungen bis 1950 gebessert haben würde», konnte die Beunruhigung nur erhöhen. Ihr entgegenzuwirken, scheinen Bevins unzweideutige Worte jetzt bestimmt zu sein.

Das Ansehen der Regierung hat zweifellos gelitten. Aber ob eine Neuwahl sie aus dem Sattel heben würde, kann niemand sagen. Viel wird von dem Aufmarsch der Parteien abhängen. Stellt die Liberale Partei, wie sie ankündigt, in 500 Wahlkreisen Kandidaten auf, so wird die Zersplitterung der antisozialistischen Stimmen bei dem geltenden Wahlrecht zahlreiche Wahlkreise den Sozialisten in die Hände spielen. Wie weit dem das Wahlbündnis, das die Konservativen soeben mit den «National-Liberalen» abgeschlossen haben, entgegenwirken wird, ist schwer zu sagen, weil man nicht weiß, ob diese Zwischen-Partei über erhebliche, lokal ins Gewicht fallende Wählermassen verfügt. Die Konservativen haben die Sammlungs-Bewegung durch die Veröffentlichung eines industriellen Programms unterstützt, für das der frühere Unterrichtsminister Butler in erster Linie verantwortlich ist. Der unabhängige «Spectator» rühmt ihm nach, es zerstöre jeden Vorwand, die Konservativen «reaktionär» zu nennen, und sogar der sozialistische «New Statesman» spendet ihm einige sauersüße Komplimente. Der 72jährige Führer der Partei aber, Winston Churchill, erstaunt Freund und Feind immer aufs neue durch seine unerhörte Vielseitigkeit, Vitalität und Aktivität. Heute nimmt er in Paris eine militärische Auszeichnung entgegen, morgen spricht er im größten Saal Londons vor Tausenden aller Richtungen über das «Vereinigte Europa», und übermorgen erfreut er in Schottland seine Anhänger durch eine Parteidrede schärfsten Stils. Was mag für ihn noch im Schoße der Götter liegen?

London, Ende Mai.

Ignotus.

Militärische Umschau

Ein staatsrechtliches Problem

Aus Sparsamkeitsgründen hat die Bundesversammlung im Bundesbeschluß über den Voranschlag 1947 verschiedene gesetzlich festgelegte Ausgaben herabgesetzt. Die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens ist umstritten, und das Problem bereitet dem Bundesrat Sorgen. In seiner Botschaft vom 21. März (Bundesblatt Nr. 12 vom 27. März 1947) sagt er:

«Nach einheitlicher Auffassung ist der Beschluß der Räte über die Genehmigung des Budgets kein Gesetz, weder dem Inhalt noch der Form nach; letzteres nicht, weil das Budget durch die Bundesversammlung allein, ohne Referendum, beschlossen wird, ersteres nicht, weil das Budget, wenn es seiner Bestimmung treu bleibt, keine allgemein verbindlichen Anordnungen trifft, sondern nur zum Bundesrat spricht. Da somit der Voranschlag ein reiner Verwaltungsakt ist, darf der Vollzug von Gesetzen und Bundesbeschlüssen, wozu der Bundesrat verpflichtet ist, nicht durch Verweigerung der in solchen Erlassen selber festgelegten Kredite verhindert werden. Umgekehrt ist der Voranschlag auch nicht dazu da, grundsätzlich neue Aufgaben des Bundes einzuführen».

Der Bundesrat stützt sich auf den Kommentar zur Bundesverfassung von *Walter Burckhardt* (Seiten 689 und 690)¹⁾. Auf der andern Seite fühlte er sich durch den Budgetbeschluß gebunden, der seinem Beschluß vom 27. Dezember 1946

¹⁾ Vergl. Militärische Umschau, Januar 1947, S. 637/638.

über die Dienstleistungen im Jahre 1947 zu Grunde lag. Die Kürzung der Dienstleistungen erfolgte in Anpassung an das Budget, sie steht aber im Widerspruch zum Gesetz. Dieses nur auf dem Budgetbeschuß beruhende Vorgehen bedeutet ein Novum, dessen Legalität mit Recht bestritten worden ist. Der Bundesrat erstrebt nun eine nachträgliche Legalisation durch die eidgenössischen Räte. Er legt ihnen den Entwurf zu einem Bundesbeschuß vor, der den Willkürakt der Bundesversammlung vom 20. Dezember 1946 und den Bundesratsbeschuß vom 27. Dezember 1946 auf dem Wege der ordentlichen Bundesgesetzgebung legitimieren soll. Auf militärischem Gebiet soll dem Bundesrat die Kompetenz erteilt werden, in Abweichung von der Militärorganisation die militärischen Kurse und Inspektionen den gekürzten Voranschlagskrediten anzupassen, was tatsächlich bereits am 27. Dezember 1946 geschehen ist.

Es ist nun zunächst Sache der Bundesversammlung, den Beschußentwurf des Bundesrates zu beraten. Beschließen die eidgenössischen Räte im Sinne des Antrages, was erst in der Junisession möglich ist, wird der Beschuß veröffentlicht und während einer Frist von drei Monaten dem Referendum unterstellt, so daß er, sofern kein Referendum ergriffen wird, frühestens im September in Kraft treten kann. Bis dahin wird aber der größte Teil der Auszugstruppen den W.K. 1947 bereits in gesetzwidrig verkürzter Dauer geleistet haben. Von praktischer Bedeutung ist daher der vorgeschlagene Bundesbeschuß nicht, er hat aber, wie die Botschaft ausführt, *formelle* Bedeutung. Wertvoll ist sodann dessen *erzieherische* Seite, indem den eidgenössischen Räten in höflicher Form die Rechtswidrigkeit ihres Budgetbeschlusses vor Augen geführt wird und sie veranlaßt werden, die im Dezember angerichtete staatsrechtliche Unordnung zu beheben. Hoffentlich erzielt die Lektion des Bundesrates die gewollte Wirkung und fördert das Gefühl für staatsrechtliche Sauberkeit und für die Pflichten gegenüber Verfassung und Gesetz. Die besprochene Botschaft wird in einem mit W. gezeichneten bemerkenswerten Artikel der «Thurgauer Zeitung» vom 15. April 1947, «*Spiel mit der Verfassung*», behandelt. Er dürfte einen angesehenen Frauenfelder Juristen zum Verfasser haben. Dieser spricht von einem «kalten» Weg zur Beschränkung der Volksrechte und prägt den Satz: «Hat man schon vergessen, daß dies das Ende des Rechtsstaates bedeutet und der Willkür Tür und Tor öffnet?»

Dienen und Verdienen

Der Soldat *dient* der Armee, viele Geschäftsleute und Lieferanten *verdienen* an der Armee. Solange der Verdienst in einem angemessenen Verhältnis zu den Leistungen steht, läßt sich nichts dagegen einwenden. Die Erfahrung lehrt aber, nicht etwa erst im Prozeß Meyerhofer, daß in Geschäften mit der Armee gelegentlich übersetzte Gewinne erstrebt und leider auch erzielt werden. Dagegen wehrt sich der gesunde Sinn des Schweizervolkes.

Liest man die Botschaft Nr. 5221 des Bundesrates vom 24. März 1947, betreffend *Schaffung* eines *Flab-Schießplatzes* in *Grandvillard* (Freiburg), so sieht man, daß leider auch hier versucht wird, von der Armee bzw. vom Bund einen übersetzten Gewinn zu erzielen. In Schießplatzfragen ist die Fliegerabwehrtruppe in einer Notlage. Man erinnert sich an die Bemühungen, den Flab-Schießplatz *Faltschen* ins Leben zu rufen. Ende Oktober 1946 brachte die «Spiezer Volkszeitung» nähere Angaben über die einheitlich ablehnende Haltung der Vertreter der Gemeinden Reichenbach, Aeschi, Leissigen und der Bäuert Faltschen, trotz der eindringlichen Worte, mit denen Bundespräsident Kobelt und die ihn begleitenden Fachleute die militärpolitische Lage schilderten und die Schwierigkeiten unterstrichen, die sich der Errichtung geeigneter Schießanlagen entgegenstellen. Diese Notlage wird von der Gemeinde Grandvillard im Kanton Freiburg ausgenützt. Der der Botschaft zugrunde liegende Vertragsentwurf sieht für die beiden Vertragspartner folgende Verpflichtungen vor:

Die Gemeinde bewilligt für die Dauer von 20 Jahren die Durchführung von Scharfschießen während 111 Tagen pro Winter. Sie stellt dem Bund Land zur Verfügung für die Errichtung eines Barackenlagers und für die Zufahrtsstraße, die sie auf eigene Kosten unterhalten wird. Der Bund erstellt das Barackenlager und die Zufahrtsstraßen. Er bezahlt der Gemeinde 151 400 Fr. für eine direkte Straße vom Bahnhof zum Dorf (Gesamtkosten Fr. 253 000) und 65 000 Fr. für den Neubau des Gemeindehotels Vanil Noir (Gesamtkosten Fr. 195 000), in welchem die Offiziere, gegen die reglementarische Entschädigung, untergebracht werden. Der Bund zahlt der Gemeinde ferner 500 Fr. jährlich für den Wasserverbrauch im Barackenlager, entschädigt Land- und Sachschaden nach den allgemein gültigen Bestimmungen und Waldschaden nach einer besonderen Konvention. Das Gelände für Barackenlager und Schießplatz hat der Bund für 34 000 Fr. zu erwerben, so daß Grandvillard vom Bund rund 250 000 Fr. erhält. Im übrigen verzichtet der Bund auf den Fliegerstützpunkt in Grandvillard, und er verpflichtet sich, für Unteroffiziere und Soldaten keine Unterkunft von der Gemeinde zu verlangen.

Wägt man Leistung und Gegenleistung gegeneinander ab, so erhält man den Eindruck eines *Mißverhältnisses*. Die Gemeinde, deren Finanzlage sehr gut ist, stellt für ihre Leistungen unverhältnismäßig hohe Forderungen. Wenn der Bund diesen Forderungen entspricht, würde das Beispiel rasch Schule machen, um so mehr als die Truppen im übrigen ihren Sold größtenteils in den Unterkunftsgemeinden ausgeben. Mit derartigen Leistungen seitens des Bundes für bloße 111 Tage pro Winter dürften die großen Waffenplatz- und Schießplatzsorgen des Militärdepartementes bald überwunden sein, aber wo würde dies hinführen, in einem Augenblick, in dem das Militärbudget immer mehr beschnitten wird?

«Schützen, seid auf der Hut!»

Wer unsere Presse aufmerksam verfolgt, hat schon lange feststellen können, daß es, beileibe nicht etwa nur in den Organen der P. d. A., «eine überbordende und verallgemeinernde Kritik an unserem Wehrwesen gibt», die sich schädlich auswirkt. Der Mahnruf von *Bundesrat Kobelt* an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Schützenvereins vom 20. April ist hoffentlich von allen wahren Freunden der Armee beherzigt worden. «Mehr und mehr zeigt sich auch in nicht-pazifistischen Kreisen mangelndes Verständnis für die Notwendigkeit der minimalen Militärdienstleistungen. Und schließlich wird in weiten Kreisen des Volkes die Auffassung vertreten, die Wehrkredite könnten heute beliebig gekürzt werden, teils in der Hoffnung auf den ewigen Frieden, teils in der Meinung, bei drohender Gefahr könnte das Versäumte nachgeholt werden. Solche Irrlehren sind in zwei Weltkriegen eindeutig widerlegt worden» («Der Bund», Nr. 181).

Ausland

In den Monaten Februar bis Mai erfolgten eine Reihe von Militärdebatten im *englischen Unterhaus*. Daß der Antrag der von den Liberalen unterstützten Pazifistengruppe auf Abschaffung der Wehrpflicht scheitern würde, konnte von Anfang an angenommen werden. Ende März, bei der zweiten Lesung des Wehrgesetzes, haben dann aber doch mehr als achtzig Labourabgeordnete einen Abänderungsantrag eingebracht, zum Vorkriegssystem — kleine stehende Armee und freiwillige Reserven — zurückzukehren. Am 1. April wurde das Wehrpflichtgesetz in zweiter Lesung mit großem Mehr angenommen: Verlängerung der obligatorischen Dienstpflicht von 18 Monaten nach Ablauf der gegenwärtigen Übergangsperiode, d. h. vom 31. Dezember 1948 an, um fünf Jahre. Anfang April brachte die Regierung ganz überraschend den Antrag ein, die Dienstzeit auf ein Jahr herabzusetzen. Diese als Sieg der Labourrebellengewertete Abänderung setzte den Verteidigungsminister Alexander einer scharfen Kritik der Konservativen aus. Churchill sprach von einem Purzelbaum. Die Konservativen entschlossen sich aber, das Wehrgesetz auch in der

neuen Form zu unterstützen. Immerhin kam ein deutlicher Protest gegen den Zickzackkurs der Regierung zum Ausdruck, indem in der Nacht vom 7./8. Mai 163 Konservative gegen die Herabsetzung der Dienstzeit stimmten. In der Schlußabstimmung über die einjährige Dienstzeit und sechsjährige Reservedienstzeit schloß sich die konservative Fraktion der Regierung an, wobei sich immerhin über 100 Konservative der Stimme enthielten. In der dritten Lesung, am 22. Mai abends, wurde ein Ablehnungsantrag mit fünffachem Mehr abgelehnt. Im Oberhaus, das jetzt das Wort hat, kommt eine Ablehnung nicht in Frage.

Bei der großen operativen Übung Anfang Mai in *Camberley* erklärte Attlee laut Exchange, «England müsse als Inselland in künftigen Kriegen kombinierte Operationen gewaltigen Stiles durchführen, darum müßten ihre Bedingungen und Gesetze genau studiert werden». «Die Streitkräfte müßten so ausgebildet und ausgerüstet sein, daß sie an jede neue Aufgabe mit Selbstvertrauen und ausreichenden Hilfsmitteln und Improvisationsgeschick herangehen».

In *Frankreich* werden Pläne für eine Reorganisation der Armee ausgearbeitet. Laut N.Z.Z. Nr. 913 wird dem Heeresminister die Absicht zugeschrieben, neben den auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Truppenbeständen eine technische Berufarmee ins Leben zu rufen. Als dritte Kategorie der Verteidigungskräfte soll eine Art Werk- und Ortsmilizen vorgesehen sein.

Blicken wir nach *Rußland*, so muß der Tagesbefehl zum 1. Mai erwähnt werden. Bulganin verlangt, die Kampfbereitschaft müsse ständig erhalten bleiben und die Untergebenen müßten im Geist der unbedingten militärischen Pflichterfüllung erzogen werden (N.Z.Z. Nr. 838). An der Maifeier in Moskau erklärte Budjonny in seiner Ansprache unter anderem, daß die Streitkräfte das Fest der Arbeit unter Bedingungen feiern, die sie nötigen, ständig auf die Verbesserung ihrer Kampfkraft bedacht zu sein (N.Z.Z. Nr. 841).

Anfang Mai veröffentlichten die Tageszeitungen 24 Punkte über die in der Militärkommission der *Vereinigten Nationen* erzielte Einigung. Bei näherer Prüfung dieser Aufstellung muß leider gesagt werden, daß nichtssagende und zu nichts verpflichtende Einzelheiten aufgeführt werden. In allen wichtigen Fragen dagegen liegen tiefgehende Meinungsunterschiede vor, zwischen Rußland einerseits und den anderen vier Großmächten, U.S.A., Großbritannien, Frankreich und China, andererseits. Der Kommentar der *United Press* macht die wenig tröstliche Feststellung, daß es noch Monate, vielleicht Jahre dauern dürfte, bevor die Verhandlungen zu einem Abschluß gelangen.

Ende Mai.

Miles.

★ Kulturelle Umschau ★

Don Carlos und die Jugend

Der Intendant eines hessischen Theaters ließ *Don Carlos* für die Jugend spielen und wir waren unter die Jugend geraten, begierig zu erfahren, wie diese in den Ideologien des Dritten Reiches aufgewachsene Jugend auf Schiller reagieren würde; gleichzeitig aber auch gespannt, was denn unser eigenes Herz zu ihm sagen mochte, nach Erlebnissen solcher Art, daß vielleicht kein Zugang mehr blieb zu einem Idealismus.

Wir saßen in einem Theater, dessen Bau von außen unzerstört zwischen Trümmern ragt. Innen war es vollständig ausgebrannt. Die Brüstungen sind jetzt mit grauem Leinen schlicht behängt, die rohen Backsteinwände notdürftig weiß getüncht